

# Kein Monumentalbau auf Kosten des Milieus!

## Diskussion um palästinensisches Kulturfest

Die Sitzung begann mit einer Entschließung der SPD und der Grünen, die Angriffe auf einen israelischen Bürger und das Zeigen eines verfassungsfeindlichen Symbols beim palästinensischen Fest auf dem Hermannplatz als antisemitisch verurteilte. In einem Änderungsantrag korrigierte DIE LINKE die Darstellung der Ereignisse. Denn diese ließ aus, dass der Betroffene des Angriffs betrunken herumgepöbelt und dabei Palästinenser\*innen beschimpft hatte. Als es zu Handgreiflichkeiten kam, wirkten die Veranstalter deeskalierend und führten den Mann zur Polizei. Die Veranstalter waren auf der BVV-Tribüne zu Gast, um der Diskussion beizuwohnen. Auf ihr Gesprächsangebot im Vorfeld hatten weder SPD noch Grünen reagiert. Die BVV verwarf den Änderungsantrag der LINKEN leider mehrheitlich.

## Kein Karstadtneubau

Im Rahmen der mündlichen Anfragen wurden Investor René Benkos Pläne behandelt, das Karstadtgebäude durch einen gigantischen Neubau zu ersetzen. Bürgermeister Hikel konnte seine Begeisterung für die mit dem Projekt verbundene „Aufwertung“ des Hermannplatzes nicht verbergen. Aber weder Kreuzberg noch Neukölln brauchen ein monumentales Einkaufszentrum am Hermannplatz. Es würde den Gentrifizierungsdruck auf die angrenzenden Kieze verstärken. Karstadtmitarbeiter\*innen dürfen nicht outgesourct und die kleinen Geschäftsleute in der Umgebung nicht vertrieben werden. Ein Bündnis gegen Benkos Neubaupläne ist im Aufbau.

## Ehrendes Gedenken an Widerstandskämpfer

Erfreulich war, dass ein Antrag zur Aufstellung einer Gedenktafel am Wer-

ner-Seelenbinder-Grab beschlossen wurde. Schon viel zu lange vernachlässigt der Bezirk seine Verantwortung, würdig an den widerständigen Kommunisten zu erinnern.

## Straßenumbenennung für Polizisten

Zur Umbenennung zweier Straßen in Gedenken an zwei getötete Polizisten entbrannte erneut eine Debatte. DIE LINKE schlug vor, statt der Morusstraße die Wissmannstrasse umzubenennen. Diese hieße sowieso bereits viel zu lange nach einem deutschen Kolonialverbrecher. Ihre Umbenennung ist zwar von der BVV bereits beschlossen – auf diesen Beschluss ist allerdings noch keine Handlung gefolgt. Die BVV entschied sich trotzdem mehrheitlich dafür, bei der Morusstraße zu bleiben.

## Verkehrskonzept für den Bezirk

Wer eines fordert, müsse verrückt sein – so äußerte sich die SPD in Reaktion auf die Anfrage der LINKEN. Aber die Verkehrsarten ÖPNV, Fuß-, Rad- und Autoverkehr zusammenzubringen ist schwieriger als das Aufmalen eines Stellplatzes für Lastenfahräder, argumentierte Marlis Fuhrmann. Ein erster Schritt wäre die Auswertung der Aufteilung des Straßenraumes der Karl-Marx-Str. – damit Sonnenallee und Hermannstr. nicht genauso misslingen.

## Schadensbegrenzung statt Wirtschaftsförderung

Ein vieldiskutiertes Thema im Mai war die geplante Einrichtung eines Tourismusbeirats. Die Steuerung des Tourismus ist eine städtebauliche Aufgabe. Im Tourismusbeirat müssen die Anwohner\*innen ausreichend vertreten sein. Unsere Forderungen zur Stadt- und Sozialverträglichkeit wie die Durchsetzung von Lärmschutz und Auflagen für Schankvorgärten stimmen mit denen der Initiative Wohnumfeld aus dem Reuterkiez überein.



**DIE LINKE.**  
Fraktion in der BVV Neukölln

## Initiativen

Alle Initiativen der Fraktion können auf [www.linksfraktion-neukoelln.de](http://www.linksfraktion-neukoelln.de) eingesehen und nachverfolgt werden.

## Anfragen

1338/XX GA Monatelanges Warten auf das Wohngeld

1339/XX GA Großinvestor C. in der Wipperstraße 5

1355/XX MA Monumentaler Konsumtempel am Hermannplatz?

1356/XX MA Kitas in der Schönefelder Straße retten!

## Anträge

1332/XX Monatelanges Warten auf das Wohngeld beenden

1333/XX Bürgerhaushalt für Neukölln

1334/XX B-Pläne St.Jakobi ändern

*Pressemitteilung:*  
Kein Monumentalbau auf Kosten des Milieus!

Volle Pressemitteilung auf:  
[linksfraktion-neukoelln.de](http://linksfraktion-neukoelln.de)

# Aussicht auf Verbesserung beim Wohngeld

Auf Druck von der LINKEN gibt es bald Personalverstärkung im Wohnamt

## Einwohner\*innen fürchten Verdrängung durch Karstadt

Die Sitzung startete bei hohen Temperaturen mit einer Einwohneranfrage von Niloufar Tajeri, einer Bewohnerin der Karl-Marx-Straße, die sich in der neuen Initiative gegen den Abriss und Neubau des Karstadts am Hermannplatz engagiert. Sie fragte den Bezirksbürgermeister Hikel nach den angeblichen „Chancen“ für die aktuellen Gewerbetreibenden, wenn ein neuer Riesen-Konsumtempel am Hermannplatz entsteht. Hikel befürwortet das historisierende Mammutprojekt und hatte auf „neue Chancen“ für bestehendes Gewerbe verwiesen. Konkrete Vorschläge, wie das Bezirksamt Gewerbetreibende und Anwohnende vor Verdrängung schützen kann, machte der Bürgermeister jedoch nicht.

## Umbenennung der Wissmannstraße endlich umsetzen

Im Rahmen der mündlichen Anfragen verlangte Die LINKE die Durchführung eines BVV-Beschlusses, sich kritisch mit der kolonialen Vergangenheit auseinanderzusetzen und, begleitet von einem Bürger\*innendialog, eine Umbenennung der Wissmannstraße vorzunehmen. Christian Posselt von der Fraktion DIE LINKE drückte Verwunderung aus, wie schnell eine Straßenumbenennung für die Erinnerung an zwei getötete Polizisten verlaufen war, während die Umsetzung dieser Umbenennung sich schon seit mehr als einem Jahr hinzieht.

## Sinnvoller Schüler\*innenhaushalt

Ebenfalls diskutiert wurde die Einplanung eines SchülerInnenhaushalts

für das Haushaltsjahr 2020/21. Ein Schüler\*innenhaushalt ist eine gute Sache. Er darf aber nicht als Notnagel z.B. für eine vernachlässigte bauliche Unterhaltung wie zur Sanierung von Schultoiletten benutzt werden. Wie können stattdessen Schüler\*innen an den eigenverantwortlichen Umgang mit Finanzmitteln herangeführt und wie Geld sinnvoll ausgegeben werden?

## Neue Stellen Wohngeldanträge

Die AWO Schuldnerberatung kritisiert bereits seit längerer Zeit, dass die Situation für verschuldete Mieter\*innen im Leistungsbezug durch doppelte Kündigungen – fristlose und ordentliche – immer schwieriger wird. Aufgrund unseres Drucks im Mai und Juni werden zusätzliche Stellen im Bereich Wohngeld eingerichtet. Zwei feste neue Mitarbeiter\*innen und weitere temporäre sollen die aufgelaufenen Anträge im Amt abarbeiten.

## Entschließung gegen Rechts

Gegen einen möglicherweise in Neukölln stattfindenden Rudolf-Heß-Gedenkmarsch wird es in der nächsten BVV eine bereits eingereichte Entschließung der LINKEN geben. DIE LINKE verurteilt jede Verherrlichung des deutschen Faschismus und stellt sich jedem Versuch entgegen, die Verbrechen der Nazis umzudeuten oder zu verharmlosen. Die Gedenkdemonstration für den Stellvertreter Hitlers, Rudolf Heß, zu der in den letzten zwei Jahren viele, teilweise uniformierte Neonazis durch Spandau sowie die Berliner Innenstadt zogen, ist in Neukölln, in Berlin und anderswo unerwünscht. Kein Aufmarsch in Neukölln und auch nicht anderswo!



**DIE LINKE.**  
Fraktion in der BVV Neukölln

## Initiativen

Alle Initiativen der Fraktion können auf [www.linksfraktion-neukoelln.de](http://www.linksfraktion-neukoelln.de) eingesehen und nachverfolgt werden.

## Anfragen

1338/XX GA Monatelanges Warten auf das Wohngeld

1339/XX GA Großinvestor C. in der Wipperstraße 5

1355/XX MA Monumentaler Konsumtempel am Hermannplatz?

1356/XX MA Kitas in der Schönefelder Straße retten!

## Anträge

1332/XX Monatelanges Warten auf das Wohngeld beenden

1333/XX Bürgerhaushalt für Neukölln

1334/XX B-Pläne St.Jakobi ändern